

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur:  
Fritz Rensch.  
Druck: A. Koenig, Auer-Druck-  
u. Verlagsanstalt, A. Koenig,  
Auer, Koenigstr. 10.  
Kategorie: Auer-Druck-  
u. Verlagsanstalt, A. Koenig,  
Auer, Koenigstr. 10.

Preis: Durch unsere Boten fort ins Haus monatlich 4.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Anzeigenpreise: Die Nebenzeitschriften...  
No. 299. Montag, den 27. Dezember 1920. 15. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Das Reichsverkehrsministerium und die Leiter der Zweigstellen zum 28. Dezember nach Dresden ein, um die Gesamtlage der Reichseisenbahnen zu besprechen.

Unter meldet aus Brüssel: Die alliierten Nationen haben vor der Vertagung der Verhandlungen beschlossen, die Gesamtforderungen der Alliierten an Deutschland einer Nachprüfung zu unterziehen.

Nach einer Meldung des von Coty aus Bordeaux ist dort als erstes deutsches Schiff nach dem Kriege der Dampfer Dortmund aus Hamburg eingetroffen.

Aus Athen wird berichtet, jedenfalls werde Prinz Georg von Griechenland am Mittwoch nach Paris abreisen, um den Alliierten die Versicherung zu geben, daß Griechenland die Politik von Venizelos fortsetzen werde. Er werde dafür Garantien geben.

## Englische Geschäftspolitik.

Nach einer Berliner Nachricht haben englische Finanzleute einen Plan zur Erleichterung der auf ein Kriegsschadigungsabkürzung ausgeartet, wonach die Kriegsschadigungssumme in amerikanischen Währung zu zahlen sei, wodurch eine Entlastung der deutschen Mark eintreten würde. Den Export nach Amerika zur Beschaffung der erforderlichen amerikanischen Devisen würde die Entente zu fördern suchen. Dieser englische Plan würde allerdings eine wesentliche Entlastung für England bedeuten. Die deutsche Kriegsschadigung wird — wenn Deutschland überhaupt fähig sein sollte, Zahlungen zu leisten — vom Verband natürlich nicht in deutscher Währung, sondern nur in Gold oder in einer Verbandswährung angenommen werden. Die betreffenden Verbandszahlungsmittel kann Deutschland sich nur durch Ausfuhr nach dem betreffenden Ententelande verschaffen. Hierfür kommen hauptsächlich Kohle, Stahl und Erzeugnisse der Fertigungsindustrie (Maschinen, elektrische Apparate, Eisenbahnwagen und Lokomotiven) in Betracht. Durch diese erzwungene Einfuhr deutscher Erzeugnisse wird natürlich die Industrie des betreffenden Ententelands schwer geschädigt. Der englische Vorschlag will nun durch Ablenkung des deutschen Exports nach Amerika die anderen Absatzgebiete der englischen Industrie für die eigenen Erzeugnisse aufnahmefähig erhalten. Schon jetzt macht sich die Spa-Kohle für England sehr unangenehm bemerkbar, da Frankreich und Belgien große Aufträge für die teure englische Kohle rückgängig gemacht haben. Das verschlechtert nicht bloß allgemein die englische Handelsbilanz, sondern trifft direkt den englischen Grubenarbeiter. Denn dieser erhält — der Erfolg seiner diesjährigen Kämpfe um die Sozialisierung der Bergwerke — ein Drittel des Gewinnes aus dem Kohlenexport. Die Rückwirkung dieses Gewinnrückfalls der Arbeiter auf die innere Lage Englands ist nicht zu übersehen. Durch den deutschen Warenexport für Rechnung der Kriegsschadigung würde auch die übrige englische Industrie in England, Frankreich, Belgien und den übrigen europäischen Verbändeländern ihr Absatzgebiet verlieren.

Geht dagegen nach dem englischen Vorschlag der deutsche Warenstrom nach Amerika, so entfallen nicht nur diese Nachteile für die englische Industrie, sondern England macht überdies noch ein planzendes Prachtengeschäft. Denn die Schiffahrt zwischen Amerika und Deutschland ist seit dem Friedensvertrag in englischen Händen und muß englische Kohle verwenden. Natürlich ist das der amerikanischen Industrie schädlich, aber das führt den englischen Bundesgenossen wenig, freut sie vielmehr gar. Dabei befindet sich schon jetzt Amerika in einer bedeutenden Wirtschaftskrise, weil die großen Vorräte an amerikanischer Baumwolle trotz der auf die Hälfte herabgesetzten Preise nicht zu Geld gemacht werden können. Amerika hat sogar für nächstes Jahr die Kalksteinzufuhr aus Deutschland eingestellt, da die Damer bei der Marktlage für Baumwolle kein Interesse an der Steigerung des Ertrages durch Kaltdüngung haben und das Kalzium auch nicht bezahlen können. Amerika wird sich daher für den englischen Vorschlag, der die Wirtschaftskrise unendlich verschärfen muß, höchlich bedanken. Deutschland aber wird jetzt, wo es mit Amerika Sonderfrieden schließen will, keine Werbung verspüren, die wirtschaftlichen Nachteilen der Kriegsschadigung gerade dem Lande aufzubringen, das vermutlich keinerlei Ansprüche auf eine solche erheben wird.

## Eine neue deutsche Entwaffnungsnote.

Dem Vorsitzenden des Interalliierten Ueberwachungs Ausschusses für das Landheer, General Kollat ist eine Note des US-Präsidenten Wilson übergeben worden, in der es heißt: Artikel 178 des Vertrags untersagt nicht alle Maßnahmen die eine Mobilmachung erleichtern könnten, sondern nur solche,

die auf diesen Zweck abzielen. Beim Zusammenfluß der Wälder zum Selbstschutz ist dies nicht der Fall, die Ausbildung oder Auflösung von Selbstschutzorganisationen, die keinen militärischen Charakter haben, ist eine

### Innere Angelegenheit Deutschlands.

Seit der Neuordnung der Polizei in Bayern untersteht eine ausgebotene Einwohnerwehrtruppe nur der Leitung der in Tätigkeit getretenen Landespolizeiabteilung. Bei den österreichischen Ortswehren können jetzt nur die zivilen Behörden auf die Art der Verwendung der Orts- und Grenzwehren Einfluß ausüben. Die Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen, zu der Deutschland nach dem Protokoll von Spa verpflichtet ist, hat ebenso wie im allgemeinen die Entwaffnung der Bevölkerung nur in der Abgabe der Kriegswaffen zu bestehen. Die Befürchtungen, es könnten andere deutsche Länder oder Landestelle für sich dieselbe Ausnahmestellung beanspruchen wie Bayern und Ostpreußen hinsichtlich der Entwaffnung und der Wehren, ist unbearbeitet. Die Annahme, daß

### die kommunistische Gefahr für Deutschland überwunden sei, kann leider nicht als zutreffend betrachtet werden.

Aus der Zahl der in Bayern abgegebenen kommunistischen Wahlstimmen kann keineswegs gefolgert werden, daß bei etwaigen Unruhen die Zahl der Kämpfer nicht über die der kommunistischen Wähler hinausgehen werde. Gelänge es einigen radikalen Elementen, die Straße aufzurufen, so müßte mit weit größeren Massen gerechnet werden. Die Gefahr wächst mit der wirtschaftlichen Not; die dagegen zur Verfügung stehenden regulären Kräfte würden nicht ausreichen. Auch die Schlässe, die aus den Mitteln des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen vom 8. und 14. September gezogen werden, sind nicht haltbar. Um der Bevölkerung in Ostpreußen wie in Bayern das Gefühl der Sicherheit zu geben und sie vor Gefahren zu schützen, die nur allzu drohend sind, ist es im Augenblick noch nicht angängig, dort zur vollständigen Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen zu schreiten.

Die deutsche Regierung bittet, die Note vom 9. Dezember und die gegenwärtige Note zur Kenntnis der alliierten Regierungen zu bringen, und weist auf die große Zahl der abgelieferten Waffen hin. Auch von den Waffen der Einwohnerwehr ist bereits der weitaus größte Teil abgeliefert und unbrauchbar gemacht. Die weitere Einziehung der letzten Waffen der Selbstschutzorganisationen ist im Gange. Der Weg, den die deutsche Regierung bei der ganzen Entwaffnungsorganisation eingeschlagen hat, war der einzige, der nach der Lage der Verhältnisse zum Ziele führen konnte. Sie hofft, daß sich die Alliierten dieser Erkenntnis nicht verschließen werden. (Bez. Dr. Simons.)

## Oberschlesiens Abstimmungspolizei und die Interalliierte Kommission.

Die gegenwärtigen Beratungen über den Abstimmungsmodus in Oberschlesien gründeten sich auf die Berichte, die von der Interalliierten Kommission in Opatowitz nach Paris gesandt wurden. Diese Interalliierte Kommission hatte gemäß dem Friedensvertrage die Pflicht, die Durchführbarkeit der Abstimmung in Oberschlesien so vorzubereiten, daß sie in Ruhe und Ordnung erfolgen konnte. Wenn jetzt die Interalliierte Kommission die Verantwortung für einen ruhigen Verlauf der Abstimmung nicht übernehmen zu können glaubt, so stellt sie sich damit selbst ein Armutszeugnis aus und bekundet sich selbst ein solches schweres Pflichtvergehen. Denn anders läßt sich das Vorgehen des Generals Verond nicht bezeichnen. Es wäre ganz zweifellos möglich gewesen, die jetzigen Komplikationen zu vermeiden, wenn die Interalliierte Kommission gleich von Anfang an ehrlich neutral pedant und herzlich neutral gehandelt hätte. Das aber ist der Vorwurf, von dem sich die Kommission nicht reinzuwaschen vermag, daß sie bisher eine Begünstigung der Polen nicht nur nicht gehindert, sondern sogar gefördert hat. Die Grenze nach Deutschland ist verschlossen, die Grenze aber nach Polen ist offen, und diese offene Grenze ermöglicht es polnischen Banden und Verbrechern, ungehindert von Polen nach Oberschlesien und umgekehrt zu kommen. Für die parteiische Haltung der französischen Besatzungstruppen sind in dem amtlichen deutschen Weisbuch Beweise zur Genüge erbracht worden. Die Parteilichkeit der Interalliierten Kommission hat sich aber auch bei der Schaffung der Abstimmungspolizei gezeigt. Hier herrscht auch heute noch der französische Einfluß unermindert fort. Französische Kontrollposten befinden sich immer bei den Hundertschaften, die von polnischen Offizieren geführt werden. Die Kontrollposten, die allein zum Einsatz der Apo befugt sind, sind auch heute noch in der Mehrzahl Franzosen. Wenn in der letzten Zeit Engländer und Italiener in die Apo eingestellt worden sind, so besitzen die Franzosen numerisch doch immer noch das Übergewicht, und sie haben es auch sonst verstanden, sich ihren weitgehenden Einfluß nach wie vor zu bewahren. Es soll gar nicht erst gelprochen werden von den polnischen Bodungen und, wo das nichts nützt, den polnischen Drohungen denen die deutschen Beamten der Apo ausgesetzt

sind. Wenn wirklich Gefahr für einen ruhigen Verlauf der Abstimmung besteht, so nur deshalb, weil die einzige Tat der interalliierten Kommission mit einem Misserfolg geendigt hat, weil diese Tat mit einem Mißerfolg endigen mußte, weil die einzige Voraussetzung zum Erfolg, die Neutralität und die Parteilichkeit, nicht innegehalten worden ist.

## Ein Anschlag auf die sächsischen Eisenbahnrechte.

Daß die sächsischen Wünsche in Eisenbahnverhandlungen in Berlin bisher wenig oder überhaupt nicht beachtet worden sind, ist offenkundig und ebenso, daß die Reichsstellen den Süddeutschen, insbesondere den Bayern sehr entgegenzukommen pflegen. In denselben Augenblick, wo die bayerischen Rechte hinsichtlich der bayerischen Eisenbahnen sogar noch erweitert worden sind, scheint man in Berlin mit dem Plane umzugehen, die sächsischen Rechte noch mehr einzunengen. Bekanntlich besteht in Dresden eine Zweigstelle Sachsen der Deutschen Reichseisenbahn, der nach dem Abtrennungsvertrag gewisse Rechte hinsichtlich der Fahrpläne usw. vorbehalten sind. Diese Zweigstelle soll nun aufgehoben werden und nur eine Eisenbahndirektion bestehen bleiben. Welche Wirkungen das für das Industrieland Sachsen haben muß, kann man daran erkennen, daß Sachsen bisher schon von den Reichsstellen so schlecht mit Güterwagen versorgt wurde, daß erhebliche Kohlenmengen aus den sächsischen Revieren nicht abgefahren werden konnten und auf Halben gestürzt werden mußten. Wenn der sächsische Einfluß noch geringer wird, so kann man sich vorstellen, wie Viehmütter sich dann erst Sachsen behandeln werden würde. Man will offenbar den unabweisbaren sächsischen Unterhändler bei den Abtretungsverhandlungen beseitigen, da dies nicht nur den Gang der Verhandlungen und so die sächsischen Rechte, sondern auch die Eisenbahnverhältnisse gründlich kennen. Hiergegen muß schärfer Einspruch erhoben werden. Was für Bayern recht ist, soll für Sachsen billig sein.

## Sächsische Regierung und Erwerbslosenunterstützung.

Eine Erhöhung der Sätze.  
Aus dem Arbeitsministerium wird uns gemeldet: Wiederholt hat das Arbeitsministerium anerkannt, daß die jetzigen Unterstützungsätze für die Erwerbslosen in manchen Fällen zu niedrig sind und daß eine Reform der jetzigen Verordnung unbedingt notwendig ist. Auch neuerdings hat das Arbeitsministerium beim Reich, das bekanntlich allein dafür zuständig ist, eine allgemeine Erhöhung der Unterstützungsätze entsprechend den Forderungen der gewerkschaftlichen Organisationen beantragt. Die in diesen Forderungen vorgesehenen und vom Arbeitsministerium bei der Reichsregierung befürworteten Sätze gehen erheblich über die jetzigen hinaus und kommen, falls sie erfüllt werden, den Wünschen der Erwerbslosen soweit entgegen, als angesichts unserer Finanz- und allgemeinen Wirtschaftslage möglich ist. Das Arbeitsministerium wird außerdem beim Reich eine Änderung des Paragraphen 6 Abs. 2 der Verordnung vom 26. Januar 1920 beantragen. Nach diesem Paragraphen wurden Erwerbslose bisher nicht unterstützt, wenn die Ursache ihrer Erwerbslosigkeit ein Streik oder eine Ausperrung war, auch dann nicht, wenn befristete Berg- oder Elektrizitätsarbeiter streikten und andere Verufe dadurch arbeitslos wurden. Diese Bestimmung des Paragraphen 6 wurde von den Arbeitern bisher als eine Bedrückung der Arbeiter zugunsten der Unternehmer empfunden, weshalb das Arbeitsministerium, schon bevor anlässlich der letzten Arbeitslosenurruhen diese Forderungen ebenfalls erhoben wurden, die Bestimmung resp. Änderung dieser Bestimmung gefordert hat.

## Von Stadt und Land.

Aue, 24. Dezember 1920.  
Nach dem Feste. Verrauscht sind die Weihnachtstage — viel zu schnell dahin gegangen für alle, deren Herz vom unendlich welchvollen Zauber des Christfestes erfüllt war. Und in weissen Herz sollte die Weihnachtsstimmung nicht eingeleitet gewesen sein? Orane Weihnachten waren's diesmal allerdings, worunter das Fest aber nicht zu leiden hatte. Nicht auf das Weibere kommt es ja an, sondern nur darauf, ob unter Inneres von der Festesfreude ergriffen wird. Das aber war sicher der Fall, und so feierte unsere Stadt Weihnachten in der althergebrachten Weise, während die Quecksilbersäule des Thermometers zeitweise über 10 Grad Wärme hinaufsteigerte. Die Glocken unserer Kirchen läuteten am Heiligenabend das Fest ein und allabendlich sah man hinter vielen Fenstern die ersten Kerzen der Christbäume und Pyramiden aufleuchten, während der Gesang unserer schönen Weihnachtslieder aus den Häusern im gedämpften Tone in die Straßen klang. Die Christnacht brachte dann in Scharen die Menschen in die Petrus- und Nikolaikirche zur Christmette, die in beiden Gotteshäusern gesamtlich und musikalisch reich

blattes  
und  
inar  
3.  
Abchluss  
Grundlage  
Gang  
Direktion.  
richt  
ölzner  
41.  
Führer-  
erricht  
No. 75 p.  
chiedene  
O an zum  
gehrte  
mir in  
ent  
No. 75 p.  
chiedene  
O an zum  
gehrte  
mir in  
ent  
No. 75 p.  
chiedene  
O an zum  
gehrte  
mir in  
ent